

Die neue Taktik der Umweltverbände

BESCHWERDEN Noch vor wenigen Jahren versuchten Umweltverbände mit allen Mitteln, Skilifte und Schneekanonen zu verhindern. Heute haben sie ihre Strategie geändert – mit Erfolg.

FLURINA VALSECCHI
flurina.valsecchi@luzernerzeitung.ch

Fast schon unheimlich gütlich war die Stimmung nach der Einigung zwischen den Umweltverbänden und den Betreibern des Skigebiets Andermatt-Sedrun Anfang Monat. Fragt man bei den Kritikern nach, heisst es überraschend positiv: «Wir haben einiges erreicht, das Projekt wurde um einen Drittel verkleinert. Mehrere heikle Landschaften werden besser geschützt» (Otto Sieber, Pro Natura). «Die Lösung ist ein guter Kompromiss» (Katharina Conradin von Mountain Wilderness). «Für uns ist das Verhandlungsergebnis ein Erfolg» (Anita Wyss vom Landschaftsschutz Schweiz).

Ähnlich tönt es auf der Gegenseite bei den Bauherren: «Die Verhandlungen waren konstruktiv, wie das Ergebnis zeigt. Die Kompromisse waren in etwa ausgeglichen», sagt Andreas Murer von Andermatt Swiss Alps AG.

Und natürlich betonen beide Seiten, dass man (noch) mehr der eigenen Forderungen hätte durchsetzen wollen.

Doch noch vor wenigen Jahren war man sich da ganz andere Töne gewohnt: Während Umweltschützer voll auf Konfrontationskurs gingen, schalteten die Bergbahnbetreiber auf stur. Sogar mittels Volksinitiative wollte man im Jahr 2008 den Umweltverbänden das Verbandsbeschwerderecht entziehen. «Schluss mit der Verhinderungspolitik», lautete damals die Parole. Das Begehren scheiterte schliesslich an der Urne.

«Es geht uns nicht ums Verhindern»

Das Beispiel Andermatt zeigt, dass die Umweltverbände ein beachtliches Verhandlungsergebnis erreicht haben. Die wichtigsten Eckpunkte: 14 neue Bahnen werden gebaut, die Hälfte davon sind aber Ersatzanlagen. Die Bauherrschaft verzichtet auf 15 von 42 geplanten neuen Pisten. Und man verpflichtet sich zum Rückbau des bereits stillgelegten Skigebiets am Winterhorn.

Fragt man die Umweltschutzvertreter nach ihrer Strategie, so sagt etwa Katharina Conradin, Geschäftsleiterin von Mountain Wilderness: «Unsere Macht ist nicht unbegrenzt, aber wir nutzen die Chance, gemeinsam eine tragfähige Lösung zu finden.» Auch die Bergbahnen hätten unterdessen gemerkt, dass die Umweltverbände eine wichtige Kraft seien und man sich auf Kompromisse



Diese Maschinen sind für viele Umweltschützer ein Ärgernis: Ein Angestellter bedient auf dem Gemsstock ob Andermatt eine Schneekanone.

Archivbild Nadia Schärli

einlassen müsse. Denn für Conradin ist klar, dass das Wettrüsten in den Bergen eine fragwürdige Entwicklung angenommen hat. «Die Zahlen der Skifahrer stagnieren. Und angesichts des Klimawandels müssen neue Investitionen wie etwa der Bau von Beschneiungsanlagen gut überlegt sein.»

Auch Anita Wyss von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz meint: «Es geht uns nicht um das Verhindern eines Skigebiets, sondern darum, dass man die Nutzung dort konzentriert, wo es Sinn macht und dafür andere Naturräume bewusst entlastet.» Und sie betont: «Wir sind für viele ein vertrauenswürdiger Partner, wir gehen konstruktiv in die Diskussion und arbeiten lösungsorientiert.»

Kritisch fügt Otto Sieber von Pro Natura an, dass man nur das bekämpfen könne, was nicht rechtmässig sei. «Und da haben wir oft nicht viel in der Hand.» Kein Gesetz verbiete etwa Skigebietsverbindungen. Noch immer würden sich manche Promotoren so verhalten, als hätten sie einen zweiten Alpenraum noch auf Reserve. Doch auch Sieber anerkennt: «Man nimmt uns ernst.» Auch sei das Bewusstsein bei den Bergbahnen gestiegen, weil sie sich rein aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht mehr jede Gondel leisten könnten.

Auf den Punkt bringt Experte Urs Wagenseil vom Institut für Tourismuswirtschaft an der Hochschule Luzern. Er sagt: «C'est le ton, qui fait la musique.» Die Legitimation der Umweltverbände sei gegeben, ja sogar erwünscht, solange die Diskussion sachlich und konstruktiv im Sinne einer Lösungsfindung verlaufe. Heute hätten auch die Bergbahnbetreiber ein grosses Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung. Alle

«Auch die Bergbahnen wissen inzwischen um die Wichtigkeit einer intakten Natur.»

KARL LUSTENBERGER
BERGBAHNEN SÖRENBERG

wüssten, dass die Natur auch das Kapital eines Skigebiets sei. Die Gesetze in der Schweiz seien streng, sagt Wagenseil. «Diese haben zum Teil die wirtschaftliche und damit auch touristische Entwicklung gehemmt.» Lange Zeit seien zum Beispiel die erlaubten Flächen für Beschneiungen stark beschränkt gewesen; dadurch habe sich die Schweiz

einen massiven Wettbewerbsrückstand gegenüber der Konkurrenz, etwa Österreich, eingehandelt.

«Die Gesetze sind sehr streng»

Selbst Karl Lustenberger, Direktor der Bergbahnen Sörenberg und Vorstandsmitglied der Zentralschweizer Seilbahnen, attestiert den Umweltschützern gute Arbeit. «Auch die Bergbahnen wissen – inzwischen – um die Wichtigkeit einer intakten Natur.» Er macht aber auch keinen Hehl daraus, dass «kein Bauherr gern mit den Umweltverbänden verhandelt». Bei jeder touristischen Anlage würden sie sich einmischen, und das löst bei ihm nicht nur Freude aus. Denn er findet: «Unsere Gesetze und die dazugehörigen Verordnungen, sind schon sehr streng, die Behörden setzen, soweit ich es wenigstens in der Zentralschweiz beurteilen kann, hohe Massstäbe an. Und der Einbezug eines neutralen ökologischen Baubegleiters, der die Ausführung der Bauten überwacht, ist ebenfalls Vorschrift.»

Wenn dann noch alle ändern mitbefehlen wollten, käme das zu Verzögerungen, und die Projekte würden sich unnötig verteuern, bedauert Lustenberger. Schnell sei da ein Projekt um ein Jahr oder mehr verschoben. Die Berge seien schliesslich nicht nur eine Natur-

schutzzone, sondern auch ein Kulturraum. «Die Leute, die hier leben, haben auch ein Anrecht auf Arbeit und dazu muss die Bergbahn ein attraktives Angebot für ihre Gäste bieten.» Auch würden die Naturschützer immer nur die eine Sicht sehen. So werde etwa bei den viel kritisierten Beschneiungsanlagen vergessen, dass die Druckleitungen im Sommer oft zur Stromproduktion für Kleinkraftwerke genutzt würden. «So produziert man CO₂-freien Strom, das muss jeden Umweltschützer freuen.»

Frühe Einigungen erzielen

Und schliesslich meint Kurt Zibung, Schwyzer CVP-Regierungsrat und Präsident der Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektoren: «Die Umweltverbände haben eine wichtige Funktion. Wir haben gute Erfahrungen gemacht, wenn man alle Parteien miteinbezieht – vorausgesetzt, sie signalisieren Gesprächsbereitschaft.» Er beobachtet, dass heute viele Einigungen bereits in einem frühen Stadium erzielt werden und dass nur wenige Fälle durch alle gerichtlichen Instanzen gezogen werden.

Auf die Frage, ob die geltenden Gesetze nun zu streng oder zu lasch seien, meint er: «Das ist jetzt wohl eine ideologische Frage, die je nach Standpunkt unterschiedlich zu beantworten ist.»